

Landesvorstand der WASG-NRW

Düsseldorf, 26.8.05

Politische Perspektiven der WASG

1. Der besondere Charakter der WASG

Die WASG ist hervorgegangen aus dem Protest gegen die Politik von SPD und Bündnis 90, die seit ihrem Amtsantritt die Wirtschafts- und Sozialstruktur dieses Landes umbauen. Durch die Liberalisierung von Kapitalverkehr, Steuerfreistellungen für die Besitzenden und die Untergrabung des Lohnarbeiterstatus und die gesellschaftlichen Sicherungssysteme haben die Bundesregierungen Gerhard Schröders und Josef Fischers die Vorstellungen von sozialem Frieden und Gerechtigkeit bei großen Teilen der eigenen Anhänger und Anhängerinnen verletzt. Die Massenproteste im November 2003 und Frühjahr 2004, die Bewegung „Weg mit den Hartz-Gesetzen“ und der große Ratschlag der Gewerkschaften machten bewusst, dass der Widerstand in der Gesellschaft auch auf die Ebene der Parteien und Parlamente getragen werden muss.

Die Mitglieder der WASG stammen aus unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und weltanschaulichen Traditionen. Sie haben unterschiedliche Erfahrungen. Das Spektrum ist breiter als in jeder bestehenden Partei und reicht von der christlichen Soziallehre bis zu marxistisch argumentierenden Kräften und politisch gänzlich unerfahrenen Menschen. Sie repräsentieren das gesellschaftliche Zentrum: die durch die Hartzgesetze verarmten Arbeitslosen und Scheinselbständigen, die prekär Beschäftigten und die Lohnabhängigen, die durch die veränderten Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt in Lohnhöhe, Arbeitnehmerrechten und Mitbestimmungsmöglichkeiten bedroht sind. Diesem Zentrum haben sich Menschen aus vielen Teilen der Gesellschaft angeschlossen, die durch die Druckwelle des Neoliberalismus ebenfalls erfasst

wurden: z. B. entwicklungspolitische Globalisierungskritiker, Menschen aus dem Bildungswesen, überzeugte Demokraten und Demokratinnen und viele andere.

Die im Bundestag vertretenen Parteien waren weder in der Lage noch Willens, die Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen zu sichern und zu verbessern. Sie sind zu Karriere-Maschinen und Meinungsmanipulatoren degeneriert. Das Parlament hat durch „Befreiung“ der Wirtschafts- und Finanzströme vom politischen Einfluss den gestaltenden Einfluss großer Teile der Gesellschaft zurückgedrängt und sich selbst in seiner demokratischen Funktion in Frage gestellt. Immer weniger Menschen gingen zur Wahl und eine Bewegung zu den Rechtsradikalen war die Folge der Entlegitimierung des traditionellen Parteienspektrums.

Die WASG ist ausdrücklich als Sammlungsbewegung der von der aktuellen Politik Enttäuschten und Unzufriedenen gegründet worden, die an der demokratischen Gestaltung von Lebensverhältnissen festhalten wollen, sie stellt ihr politisches Instrument auf parlamentarischer Ebene dar. Aber sie ist mehr als nur die parlamentarische Vertretung des Protests auf der Straße.

Die Wirkung der WASG auf den linken Diskussionsprozess ist gewaltig. Ihr Wahlergebnis in NRW hat die PDS zu der Überzeugung gebracht, dass im Westen linke Politik erfolgreich möglich ist. Die WASG Mitglieder erwarten zu Recht eine selbstkritische Auseinandersetzung in der vormaligen PDS über die Unvereinbarkeit ihrer fortschrittlichen Programmatik und die Realität ihres Handelns in Regierungsbeteiligungen. Erst das Wahlergebnis in NRW hat die Bundespartei WASG zu einem Diskussionspartner für unzufriedene Teile der politischen Klasse (Maurer, Lafontaine) werden lassen, von denen die WASG ebenfalls zu recht eine selbstkritische Reflektion bisheriger Positionen und einen solidarischen Bezug auf andere erwartet (z. B. Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich).

Die Wirkung der oppositionellen Haltung der WASG lässt sich nicht nur daran erkennen, dass der Lack der politischen Kultur bei unseren Gegnern sehr schnell

ablättere und sie zu persönlichen Beleidigungen von Repräsentanten und Repräsentantinnen, Skandalisierung von parteiinternen Vorgängen oder Spielereien mit juristischen Tricks griffen statt sich der inhaltlichen Auseinandersetzung zu stellen. Die politischen Gegner und Gegenerinnen versuchen mit unglaublichen kosmetischen Manövern ihre eigene Programmatik soweit umzustellen, dass sie den Menschen wieder attraktiv erscheinen (z. B. die sog. Reichensteuer, das Eingeständnis von berechtigten Lohnerhöhungen und Münzfehlern "Kapitalismuskritik") In einer Situation, in der die anderen Parteien sich zumindestens rhetorisch auf die offene Liste der Linkspartei mit WASG-Vertretern zu bewegen, besteht daher kein Grund für die Linke, Salonfähigkeit durch die Aufweichung eigener Positionen beweisen zu wollen. Über die Eintrittsbedingungen in den Salon entscheiden diejenigen, die drin sind, solange die, die draußen sind, nicht stärker sind!

2. Erwartungen an die Neue Linkspartei des 21. Jhd. In Deutschland

Das politische Profil der WASG ist primär darauf ausgerichtet, dass alle am wirtschaftlichen Ergebnis in diesem Land in einer Weise teilhaben können, die den geschichtlichen Errungenschaften vergangener Kämpfe und dem zivilisatorischen Niveau in Westeuropa entsprechen.

Die programmatischen Eckpfeiler der WASG bestehen in einem keynesianisch begründeten Aktionsprogramm zur kurz- und mittelfristigen Stärkung der privaten Binnennachfrage, einem öffentlichen Beschäftigungsprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage und der sozial-kulturellen Infrastruktur sowie der Verwandlung von überschüssigem Reichtum in produktive Investitionen. Hinzu kommen die Forderungen zur Sicherung und zum Ausbau von ArbeitnehmerInnenrechten. Die Soziale Sicherheit soll an den Möglichkeiten wachsender Produktivität und die Entwicklung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums statt an den Lohn geknüpft werden. Auch wenn in der WASG Hoffnungen fortbestehen, dass eine Rückkehr zur politischen Arbeitsteilung und zu den Reformstrategien des Sozialstaates möglich sei, so verbreitert sich doch

die Einsicht, dass sich mit der Ablösung des Manager-Kapitalismus durch die Vermögensfonds immense soziale und kulturelle Umbrüche auf tun. Wie die Mischung aus Einkommenserhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Ausbau der Mindesteinkommen und Lohnersatzleistungen sowie öffentlichen Investitionen aussehen soll, mit der die gesellschaftliche Wertschöpfung zu rekonstruieren ist und die Macht des neoliberalen Blocks zurückgedrängt werden kann, darüber streiten sich die Geister in der Linkspartei.PDS ebenso wie in der WASG, aber auch die sie umgebenden Organisation und Netzwerke der Linken.

Gleichzeitig will die WASG ein neuer Pol sein für die Kritik an herrschenden Politikmustern. Die neue Linkspartei muss unter Beweis stellen, dass ihre Vertretung im Parlament den Spielraum für Opposition in der Gesellschaft erhält und ausweitet. Sie muss zeigen, dass sie umsetzbare Konzepte für die kurzfristige Verbesserung der Lebensverhältnisse unter den herrschenden Bedingungen hat. Sie muss das Parlament wieder zum Forum der zentralen Zukunftsfragen dieser Gesellschaft machen und diese damit aus dem Schatten von sogenannten Expertenkommissionen und Denkfabriken herausholen. Gerade weil sich die gegnerischen Parteien intern und untereinander über Tempo und Ausmaß von Steuererhöhungen, Privatisierung sozialer Risiken, Arbeitszeitverlängerung usw. durchaus uneins sind, bietet sich die Gelegenheit durch Standfestigkeit in den eigenen Positionen gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen.

3. Wie soll der Vereinigungsprozess verlaufen oder besser: Wie verläuft ein erfolgreicher Parteibildungsprozess?

Die WASG ist das dynamischere Element im Entstehungsprozess der neuen Linkspartei. Sie hat bundesweit die rasantere Mitgliederentwicklung. Trotzdem fühlt sich die Mitgliedschaft der WASG in Teilen gegenüber der schieren Größe der aktuellen Linkspartei.PDS unterlegen, was tradierte Vorbehalte gegenüber gesellschaftsverändernden Projekten tendenziell verstärkt. Die Westverbände

der Linkspartei.PDS sehen sich ihrerseits in die Unterlegenheit gedrängt: Das hat vor allem zu Beginn der Diskussion zu enormen Schwierigkeiten im Dialog zwischen beiden Parteien geführt, die sich allerdings vor allem an der Basis von beiden Parteien in vielen Fällen im gegenseitigen Kennenlernen gelegt oder in inhaltliche, konstruktive Auseinandersetzungen zwischen politisch denkenden Menschen mit ähnlichen Zielen verwandelt haben.

Die Existenzberechtigung von sozialistischen Kräften muss in der neuen Formation ebenso gesichert sein wie die anderer Strömungen. Damit verbunden ist ein Verzicht auf Alleinvertretungs- und Führungsanspruch aller Beteiligten.

Das Wissen über die Notwendigkeit von tiefgreifenden Veränderungen ist nicht nur in der WASG oder der Linkspartei. vorhanden sondern auch in den gesellschaftlichen Gruppen und vielfältigen Initiativen. Daher braucht der erfolgreiche Prozess zur Bildung einer Linkspartei des 21. Jahrhunderts die enge Anknüpfung an die großen Bestandteile dieser Gesellschaft, wie sie in der WASG bereits repräsentiert sind. Ohne eine feste Verankerung in der Arbeitnehmerschaft, ihren Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen und der Bevölkerung insgesamt besteht die Gefahr einer erneuten Zersplitterung in ideologiezentrierte Kleinstparteien, der Diskussion um abgehobene Prinzipien oder revolutionäre Schwärmereien. Die neue Partei darf umgekehrt keine Alibiveranstaltung für Karrieristen und Solotänzer auf parlamentarischer Ebene werden. Nur wenn in den Gewerkschaften und anderen Organisationen und relevanten Netzwerken unser Programm aufgegriffen und diskutiert wird, haben wir eine Chance auf Durchsetzung unserer Ideen. Die thematische Arbeit an einem neuen Programm soll die Betroffenen und ihre unterschiedlichen Positionen aktiv einbeziehen und deutlich werden lassen. Wir streben die Arbeit an Inhalten an und nicht den Kampf um die "wahre" Ideologie.

Die Existenz der neuen Formation wird nicht nur die Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik verändern sondern sie wird auch erhebliche Veränderungen in den Organisationen und Mehrheitsverhältnissen in Gewerkschaften, Mieterorganisationen, Verbänden bis hinzu den lose verknüpften Netzwerken führen. Das Verhältnis zwischen der Partei und diesen Kräften, deren Autonomie

anerkannt und gewahrt werden muss, wird im Einzelnen nicht spannungsfrei verlaufen und kann nicht aus der bloßen Addition ihrer Forderungen und ihrer Hinterlegung in einem Parteiprogramm bestehen. Diese Kräfte müssen wieder lernen, sich aufeinander zu beziehen.

Die Herausbildung einer neuen politischen Partei braucht Zeit,

- um die aufeinander treffenden gesellschaftlichen Kräfte und Vorstellungen kennenlernen zu können,
- um analysieren zu können, was die politischen und ökonomischen Veränderungen sind, die zur Herausbildung einer Sammlungsbewegung auf der Linken geführt haben,
- um die anstehenden konkreten gesellschaftlichen Veränderungsperspektiven zu diskutieren und
- um die geeigneten Mittel und parteiförmigen Organisationsformen, Aktionsschritte und Entwicklungsrichtung der Gesellschaft vereinbaren zu können.

Das neue Projekt muss sich auf die realen Verhältnisse einlassen können, um Bedingungen für gesellschaftliche Solidarität zu schaffen, um miteinander politische Veränderungen zu gestalten.

Der Landesvorstand schlägt der Partei deshalb vor:

- Die bisherigen Beschlüsse der Bundespartei WASG und die Urabstimmung sprechen von einem ergebnisoffenen Prozess. Die Landesvorstände der WASG und der Linkspartei in NRW werden Rahmenbedingungen zur Sicherstellung eines solchen Prozessverlaufs vereinbaren.
- Der Landesvorstand wird eine Landeskonzferenz zu organisieren, um den Diskussionsprozess in der WASG anzustoßen. Der Diskussionsprozess soll inhaltlich Transparenz sicherstellen zentrale Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Bezug auf die inhaltliche Fragen erkennbar werden lassen, die im Newsletter 17 genannt werden. Die Landesvorstände werden

dann diese Positionen in der Besetzung von Verhandlungsgremien und bei den Verhandlungsinhalten einbringen.

- Der Landesvorstand der WASG ruft zur Bildung von Bürgerforen unter der Moderation der Kreisvorstände beider Parteien auf, die die großen Zukunftsfragen thematisieren und die Möglichkeit bieten, dass die gesellschaftlichen Kräfte ihre unterschiedlichen Vorstellungen darlegen können und Gemeinsamkeiten herausarbeiten können.

Der Vereinigungsprozess muss selbst zu einem Faktor werden, der die Widerstandskräfte gegen die schwarz-gelbe oder schwarz-rote Regierungsagenda zusammenführt und stärkt, wobei dem Einfluss in den Gewerkschaften zentrale Bedeutung zukommt.

Es wäre verheerend, wenn der Eindruck entstünde, er setze das bisherige Parteiengezänk fort. Darum ist es nicht nötig, rechthaberisch über die finale Gesellschaftskonzeption in allen Details und Facetten endlos zu debattieren. Es kommt darauf an, das programmatische Fundament für den nächsten Entwicklungsabschnitt herauszufiltern.

Es kommt darauf an, gemeinsam Antworten auf die Fragen des 21. Jahrhunderts zu finden und zu formulieren. Dazu brauchen wir Zeit! Ein beschleunigter Prozess der Zusammenführung wird die Strukturen von oben nach unten bestimmen und viele Akteure und Akteurinnen der politischen Landschaft nicht mit einbeziehen.

Der Landesverband der WASG NRW verweigert sich einem Zusammenschluss im Schnellverfahren.

Wir fordern den Zusammenschluss der Linken auf der Grundlage inhaltlicher Diskussionen. Diese Diskussionen müssen von einem Großteil der Bevölkerung mitgeführt werden. Der galoppierende Verlauf der letzten Wochen war dem Druck der vorgezogenen Wahlen und den Erwartungen der Menschen auf eine Wahlalternative geschuldet. Jetzt brauchen wir Ruhe und Besonnenheit.

Ein ergebnisoffener Prozess mit einem von Vorständen und exponierten Personen fixierten raschen Ende widerspricht unseren demokratischen

Grundsätzen.

Der Landesrat der WASG - NRW spricht sich gegen eine beschleunigte Vereinigung zwischen Linkspartei. und WASG aus. Wir fordern vor allem unsere Mitglieder im Bundesvorstand auf, mit solchen Forderungen die Bedenken innerhalb der WASG und auch der Linkspartei. nicht noch weiter zu verschärfen, sondern sich unmissverständlich für einen offenen Diskussionsprozess, der seine eigene Dauer bestimmt, auszusprechen und einzusetzen!